

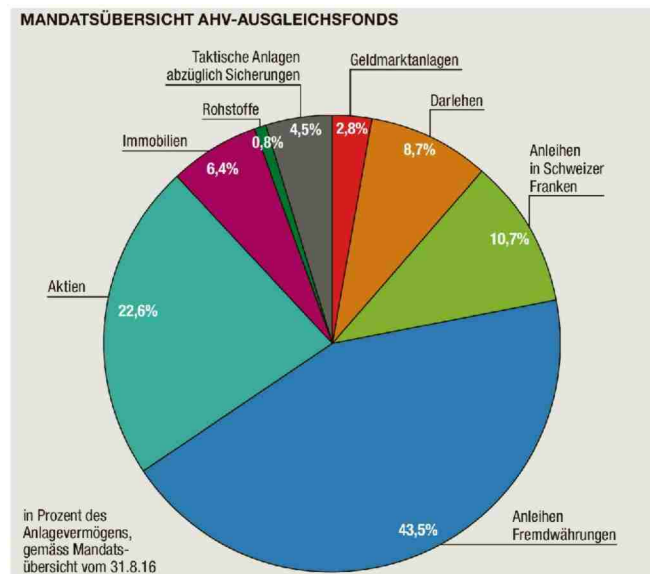
Basler Zeitung  
4002 Basel  
061/ 639 11 11  
www.baz.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 50'237  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

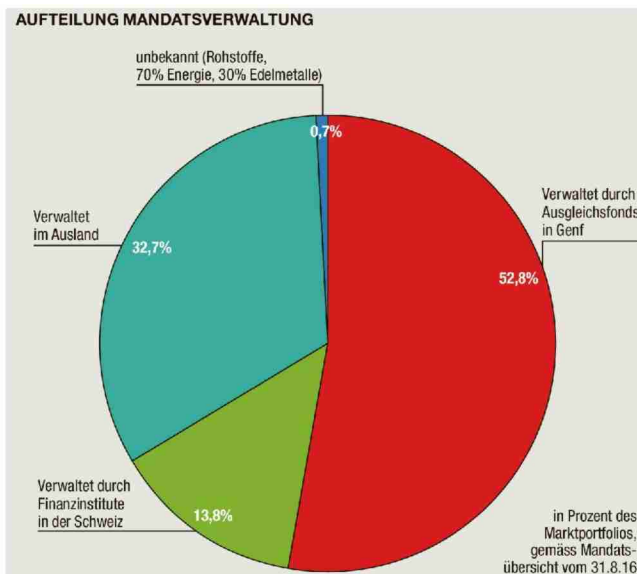
Themen-Nr.: 999.201  
Abo-Nr.: 1095889  
Seite: 4  
Fläche: 91'033 mm<sup>2</sup>

## Wo das Geld der AHV angelegt wird

Ein Drittel des Geldes des Ausgleichsfonds geht ins Ausland – die Renditen sind dort aber kaum besser



**Viel in Fremdwährungen.** Die grösste Anlagekategorie des Ausgleichsfonds ist den Schwankungen des Frankenkurses ausgesetzt. Grafik Monika Müller



**Viel im Ausland.** Was der Ausgleichsfonds an Kapital nicht selber betreut, geht mehrheitlich ins Ausland. Grafik Monika Müller

Von Dominik Feusi, Bern

Was läuft da falsch? Der Ausgleichsfonds von AHV, IV und EO investiert den grösseren Teil des Geldes, das er nicht selber verwaltet nicht auf dem Schweizer Finanzplatz, sondern schickt es ins Ausland. Seit 2014 veröffentlicht der Fonds die Namen der Finanzinstitute, mit denen er zusammenarbeitet. Ein Jahr später kamen erstmals die betreuten Summen dazu. Die Rendite dieser Anlagen behält der Verwaltungsrat jedoch stets für sich. Das sei zu viel an Transparenz, hiess es im obersten Führungsgremium.

Der Basler Zeitung liegt eine aktuelle und detaillierte Liste der milliardenschweren Mandate des Ausgleichsfonds vor. Enthalten sind darin auch die Erträge dieser Mandate im laufenden Jahr und je eine dazu passende Vergleichsgrösse. Auftrag der Fondsverwalter in aller Welt ist es, diese Vergleichsgrösse zu übertreffen. Dafür

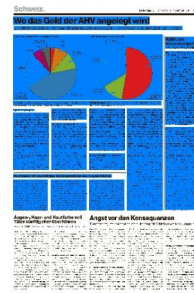
werden sie bezahlt. Die Auswertung dieser Liste zeigt, dass fast sechzig Prozent der nicht vom Ausgleichsfonds selbst verwalteten Anlagen nicht an Verwalter in der Schweiz gehen, sondern an solche im Ausland.

### Bundesrat beschwichtigt

Dieser Umstand war auch schon Gegenstand von Kritik im Parlament. Der Waadtländer FDP-Nationalrat Olivier Feller fragte schon mehrfach nach, ob das dem gesetzlichen Auftrag der sicheren und gewinnbringenden Anlage des Volksvermögens entspreche. Der Bundesrat als Aufsicht des Fonds beschwichtigte ihn jeweils, ohne aber transparenter auf das Thema einzugehen.

Die Liste von Ende August zeigt: Das mit Abstand grösste Mandat mit mehr als zwei Milliarden Umfang geht an die Firma Blackrock. Das ist das Unternehmen, bei dem der ehemalige Natio-

nalbankpräsident Philipp Hildebrand untergekommen ist. Die Filiale von Blackrock in San Francisco betreut ein Portfolio von nordamerikanischen Aktien. Die Rendite war im laufenden Jahr mit 6,3 Prozent respektabel, allerdings nicht besser als der zum Vergleich herangezogene Index. Blackrock konnte zwei weitere Mandate an Land ziehen. Die Londoner Filiale bekam erst kürzlich knapp 150 Millionen Franken für Anleihen in Schwellenländern in deren Lokalwährungen, was gemäss Experten ein Geschäft mit einigem Risiko darstellt. Die Rendite ist noch nicht berechnet worden. Ein zweites Mandat von Blackrock in London sind Aktien von kleinen Unternehmen weltweit (ohne Schweiz) mit einem Ertrag von gut sieben Prozent – immerhin ein Prozent besser als der Vergleichswert.



Basler Zeitung  
4002 Basel  
061/ 639 11 11  
www.baz.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 50'237  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.201  
Abo-Nr.: 1095889  
Seite: 4  
Fläche: 91'033 mm<sup>2</sup>

## Bessere Rendite als letztes Jahr

Richtig negativ sind zwei Mandate, die der Ausgleichsfonds an die Credit Suisse in Zürich vergeben hat, nämlich ein Portfolio von Aktien aus dem Euro-Raum und eines mit Aktien aus Skandinavien. Beide liegen mehr als zwei Prozent im Minus. Sogar noch leicht schlechter als der Vergleichswert. Insgesamt sieht die Rendite zumindest bis Ende August dieses Jahres besser aus als im Verlustjahr 2015. Die wenigsten Vermögensverwalter schaffen es, den Vergleichswert deutlich zu übertreffen.

Unter den Mandaten dürfte es aufgrund der Renditen auch indexbasierte Anlagen geben, die ebenfalls im Aus-

land verwaltet werden. Diese brauchen eigentlich keine aktive Betreuung und könnten gut in der Schweiz platziert werden, wo zudem keine Stempelsteuer anfallen würde. Auch auf Nachfrage gibt der Ausgleichsfonds keine Auskunft darüber. 1,1 Milliarden Franken sind zudem in vermutlich amerikanischen Hypotheken in US-Dollars angelegt. Das sind genau jene Finanzprodukte, die in der Hypothekenkrise 2008 innert kürzester Zeit wertlos wurden. Und die Anlagen in Rohstoffe sind bloss als «Energie» und «Edelmetalle» bezeichnet. Auch zu diesen beiden Fragen wollte der Ausgleichsfonds gestern keine Stellung nehmen und vertröstete

auf kommende Woche.

Man habe aus Spargründen keine Pressestelle, antwortete die Kommunikationsstelle. Der Ausgleichsfonds gibt gemäss Unterlagen des Verwaltungsrates fast 300 000 Franken für Kommunikation aus, hinzu kommen noch 70 000 Franken für einen externen Berater. Trotzdem wird die Transparenz immer wieder bemängelt. Nicht zu Unrecht: Der Jahresbericht enthält beispielsweise nicht einmal die Information, welche Verwaltungsräte im Personal- oder im Immobilienausschuss sitzen. In der Privatwirtschaft ist die Transparenz über Ausschüsse seit Jahren Standard.

## Kommission will unabhängige Revisionsstelle für den Ausgleichsfonds

**Bern.** Statt der Eidgenössischen Finanzkontrolle soll eine externe Stelle die Revision der Ausgleichsfonds von AHV, IV und EO durchführen. Das verlangt die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates. Damit will sie die Unabhängigkeit des Revisors betonen, wie es in einer Mitteilung der Parlamentsdienste von gestern heisst. Schon in der Vernehmlassung zum Ausgleichsfondsgesetz hatte sich eine Mehrheit für eine unabhängige Revisionsstelle

ausgesprochen. Der Bundesrat hielt aber an der Finanzkontrolle als Revisionsorgan fest. Den Ständeräten war das aber nicht genug. In der Gesamtabstimmung nahm die Kommission den Gesetzesentwurf ohne Gegenstimme an. Vorgesehen ist die Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Anstalt unter dem Namen «Compenswiss», die die drei Ausgleichsfonds verwaltet. Die neue Rechtsform soll es Compenswiss erleichtern, Vermögen auf dem internationalen Finanzmarkt

anzulegen. Das neue Gesetz regelt auch die Rückzahlungen der Schulden der IV bei der AHV ab 2018. Die Massnahmen für die Zusatzfinanzierung der IV und zum Abbau von deren Schulden laufen Ende 2017 aus. Danach muss die IV aus eigener Kraft die 12 Milliarden Schulden bei der AHV abbezahlen. Der Antrag, dass der Bund weiterhin für den jährlichen Zinsaufwand aufkommt, fand in der Kommission keine Mehrheit. Die Vorlage wird in der Wintersession vom Ständerat behandelt. SDA/fi

## Kritik am Verwaltungsrat

Mehr Fachwissen gefordert

**Bern.** Die Unterlagen aus dem Ausgleichsfonds der AHV lösen vor allem bei bürgerlichen Politikern Kopfschütteln aus. «Die Verwaltung von 35 Milliarden Franken Volksvermögen gehört in die Hände von Fachleuten», sagt der Luzerner FDP-Nationalrat Albert Vitali. Er forderte in einem Vorstoss mehr Transparenz des Ausgleichsfonds und mehr Fachwissen im Verwaltungsrat (VR). «Da der Bundesrat den Verwaltungsrat wählt, ist er gefordert, die nötigen Anpassungen vorzunehmen.»

Olivier Feller (FDP, VD) engagiert sich seit Jahren für mehr Transparenz und Aufsicht über den Ausgleichsfonds. Er ist der Meinung, dass die AHV-Gelder im Ausgleichsfonds zurzeit weder sicher noch mit einer marktkonformen Rendite verwaltet werden. «Die Renditen sind tiefer als bei vergleichbaren Anlagen, sowohl in guten Jahren wie 2014 als auch in schwierigen Jahren wie letztes Jahr», sagt Feller. Zudem bezweifelt er, dass der Bund seine Aufsichtsfunktion so wahrnimmt, wie es nötig wäre. Aus den Unterlagen geht zwar hervor, dass Bundesrat Berset (SP) einmal im Jahr an einer Sitzung des Verwaltungsrates teilnimmt, wie er dabei die Aufsicht wahrnimmt, wird jedoch nicht klar.

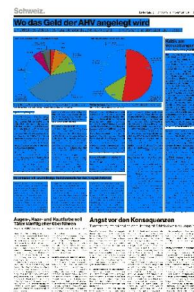
## Ausschluss ohne Grundlage

Auch Feller fordert den Bundesrat auf, für mehr Fachwissen im Verwaltungsrat zu sorgen. Die Vertreter der Sozialpartner seien wichtig, aber die Verbände sollten den Ausgleichsfonds nicht wie eine Nebensache behandeln und wie die Arbeitgeber einen pensionierten Direktor (Thomas Daum) oder der Gewerbeverband bloss den Stellvertreter (Henrique Schneider) abdelegieren.

SVP-Nationalrat Thomas Aeschi (ZG) kritisiert, dass der VR ohne rechtliche Grundlage Branchen und Unternehmen von seinen Anlagen ausschliesst und dem «Schweizer Verein für verantwortungsbewusste Kapitalanlagen» beigetreten ist. Jede Einschränkung sei falsch. «Der Ausgleichsfonds soll nicht

Datum: 16.11.2016

# Basler Zeitung



Basler Zeitung  
4002 Basel  
061/ 639 11 11  
www.baz.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 50'237  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.201  
Abo-Nr.: 1095889  
Seite: 4  
Fläche: 91'033 mm<sup>2</sup>

Politik machen, sondern eine marktkonforme Rendite erzielen, wie es im Gesetz festgehalten ist», so Aeschi. Ähnlich tönt es bei Vitali: «Der Ausgleichsfonds soll seine Entscheide selber treffen und verantworten und sie nicht an einen Verein auslagern, schon gar nicht, wenn sich dieser auf einen Pakt der UNO stützt, der keine Rechtsverbindlichkeit hat.»

Im Prinzip, so Aeschi, müsste der Bund den Auftrag an das Institut vergeben, das die beste Rendite für fünf oder sieben Jahre offeriere. «Ich bin mir sicher, dass sich für so einen Auftrag einige grosse und erfahrene Finanzhäuser bewerben würden.» fi